



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

23. Sitzung vom 8. April 2019

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.15 Uhr

Leitung: Thomas Hafner (Präsident)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ralph Büchelin, Lukas Götz, Barbara Jost (GR)

Verspätet:

Präsident:

Thomas Hafner

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP begrüsst alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, den Gemeinderat und alle weiteren Anwesenden. Entschuldigt sind Ralph Büchelin, SP, Lukas Götz, FDP, und Gemeinderätin Barbara Jost, SP. Somit sind 38 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Einfaches Mehr: 20, Absolutes Mehr: 26.

Mitteilungen des Präsidenten

Zuallererst möchte der Präsident den neuen und den wiedergewählten Landräten gratulieren. Er geht davon aus, dass sie die Binninger Einwohner mit viel Freude in Liestal vertreten werden. *[Beifall]*

Es gibt heute Abend auch eine Verabschiedung. Der Votant hat von Marc Merian die Mitteilung erhalten, dass er aus familiären Gründen aus dem Einwohnerrat zurücktritt. Er ist heute das letzte Mal anwesend. Marc Merian wurde am 1. Juli 2016 in den Einwohnerrat gewählt. Er war gewählter Stimmenzähler und seit 28. Mai 2018 stellvertretendes Mitglied der GRPK. Der Präsident dankt Marc Merian recht herzlich für sein Mitwirken im Einwohnerrat und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute. *[Beifall]*

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 135, Motion B. Benthous, SP: Plakatierung vor Abstimmungen und Wahlen

Nr. 136, Anfrage R. Oberli, SVP: Nach unerlaubter Betriebsaufnahme des VIKZ: wie weiter?

Nr. 137, Postulat P. Bräutigam, CVP und A. Alt, CVP: Wildplakatieren – wie weiter?

Die Anfrage wird am Ende der Sitzung durch die zuständige Gemeinderätin beantwortet.

Bereinigung der Traktandenliste

Das Büro schlägt dem Einwohnerrat vor, Traktandum 8 gemäss Einladung Gesch. Nr. 131 «Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2019» als viertes Traktandum zu behandeln und somit direkt nach Gesch. Nr. 133 «Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement». Das Geschäft hat Einfluss auf die Arbeit der BPK und der Spezko und sollte daher möglichst rasch beraten werden.

ABSTIMMUNG

Änderung Traktandenliste: Einstimmig JA (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

://: Die Traktandenliste wird entsprechend angepasst. Das Geschäft Nr. 131 wird neu als Traktandum 4 behandelt.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

- | | | |
|----|---|------------|
| 1. | Genehmigung des Protokolls vom 25.02.2019 | |
| 2. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.02.2019
Totalrevision Gemeindeordnung
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 132 |
| 3. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.02.2019
Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 133 |

4.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.03.2019 Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2019 Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	131
5.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 26.02.2019 Abrechnung Projektwettbewerb «Erweiterung Schulcampus Dorf» Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	198/XI
6.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 12.02.2019 Schlussabrechnung Dorffest 2018 Geschäftskreisführung: i.V. Christoph Anliker	35
7.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.01.2019 Teilrevision Parkraumreglement Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	126
8.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.02.2019 Teilrevision Bestattungs- und Friedhofreglement Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	127
9.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.01.2019 Kommunale Finanzentwicklung (HÜP II): Umsetzung der vom Einwohnerrat beschlossenen Massnahmen Geschäftskreisführung: Christoph Anliker	161/XI
10.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.02.2019 Postulat G. Löhr, SP: Brandruine an der Kernmattstrasse Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	111
11.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.01.2019 Postulat B. Strondl, SP: Mehr überdachte Veloabstellplätze Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	112
12.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom xx.xx.2019 Interfraktionelle Motion: Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Binningen und der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen Geschäftskreisführung: Barbara Jost	114
13.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom xx.xx.2019 Interfraktionelles Postulat: Kein Verkauf von APH Immobilien Geschäftskreisführung: Barbara Jost	115
14.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom xx.xx.2019 Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	118
15.	Diversa	

Genehmigung des Protokolls vom 25.02.2019

Präsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, es sei eine Ergänzung auf Seite 9 ins Protokoll eingeflossen. Das korrigierte Protokoll wurde im Einwohnerratsbüro genehmigt und verabschiedet.

://: Das Protokoll wird mit einer Ergänzung genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 132

Totalrevision Gemeindeordnung

EINTRETEN

Rahel Bänziger, Grüne äussert, das vorliegende Geschäft komme harmlos daher, berge aber sehr viel Sprengstoff. Leider sind die Hauptpunkte der Totalrevision im einleitenden Bericht nicht vermerkt, was die Vermutung aufkommen lässt, dass der Gemeinderat den Sprengstoff sehr gerne am Einwohnerrat vorbeigeschmuggelt hätte. Die mangelnde Transparenz, der völlig unrealistische Zeitplan, welcher dem Einwohnerrat keine Zeit für eine vertiefte Beratung lässt, und der genannte Sprengstoff veranlassen die Grünen gar nicht erst auf das Geschäft eintreten zu wollen. Die Votantin möchte kurz einige Worte zum Sprengstoff sagen. Der Primarschulrat soll ausgerechnet in einer Zeit mit steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen und einem geplanten Schulhausneubau verkleinert werden. Der Gemeinderat soll in einem verkleinerten Schulrat mehr Macht und Einfluss erhalten. In einem Gremium, das im Vorfeld nicht einmal zu dieser massiven Änderung kontaktiert wurde.

Die zweite Bombe: Die GRPK, die dem Gemeinderat scheinbar ein Dorn im Auge ist, soll verkleinert und kompetenzberaubt werden. Das ist eine massive Schwächung der Oberaufsicht. Früher waren die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Rechnungsprüfungskommission (RPK) getrennte Kommissionen. Sie konnten ihre Oberaufsicht aber wiederholt nicht ausüben, da sie nicht die nötigen Kompetenzen hatten. Natürlich war immer die Kompetenz der anderen Kommission nötig, um ein Geschäft zu bearbeiten. Daher wurden die beiden Kommissionen zu einer Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) zusammengelegt. Die GRPK hat nun die Kompetenz, alle Geschäfte anzuschauen und zu beraten. Deswegen plädiert die Votantin dafür, die GRPK so zu belassen wie sie ist. Die dritte und gleichzeitig heftigste Bombe ist, dass der Paragraph 41 fehlt. Dieser Paragraph fehlt komplett in der Gemeindeordnung. Die Rednerin findet, so könne man die Schuldenbremse auch aushebeln. Der neue §41 ist in Beratung. Man könnte also eigentlich alles im gleichen Aufwasch machen und mit der Revision der Gemeindeordnung einfach noch zuwarten bis der Paragraph 41 bereit ist.

Die Gemeindeordnung ist ein gutes Nachschlagewerk für die Bürgerinnen und Bürger. Eine Kürzung in geplantem Ausmass ohne Verweis auf das übergeordnete Recht, in welchem man nachschlagen kann, macht die Gemeindeordnung benutzerfeindlich. Bisher war es eine schöne Aufzählung und ein Nachschlagewerk, in dem man alles Nötige finden konnte, das man im politischen Alltag in Binningen benötigt. Nicht alle sind Juristen und geübt im Nachschlagen von Gesetzeswerken. Es würde nichts kosten, die Paragraphen im Reglement zu belassen. Aus all diesen Gründen werden die Grünen nicht auf das Geschäft eintreten. Der Status Quo ist wesentlich besser als die vorliegende Totalrevision und den Sprengstoff würde man besser weglassen. Die Fraktion ist für Nicht-Eintreten auf das Geschäft.

Urs Brunner, SVP führt aus, auch die SVP spreche sich für Nicht-Eintreten aus. Die Begründung ist der Paragraph 41. Weitere Begründungen wurden bereits von seiner Vorrednerin aufgezählt.

Karl J. Heim, CVP findet, man müsse die ganze Geschichte mit etwas Galgenhumor nehmen. Vorweg äussert er, die CVP-Fraktion sei grossmehrheitlich gegen Eintreten. Sie hat die Totalrevision Gemeindeordnung und die Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement zusammen besprochen. Getreu nach dem Motto: Was der gütige Staat zusammengefügt hat, soll der Mensch nicht trennen. Die CVP sieht den Totalrevisionsversuch als Schnellschuss. Ziemlich kurz vor Ende der Legislatur soll nun die wichtigste Rechtsgrundlage noch schnell vom Rat gutgeheissen werden und man höre und staune, in einer Volksabstimmung muss man dies auch noch abnicken. Der Fraktion stösst vor allem sauer auf, dass man die einschneidenden personellen Änderungen in bestehenden Fach- und Kontrollbehörden – sprich ständige und andere Kommissionen –, die vorgesehen sind, einfach an den betroffenen Gremien vorbeischleusen will. Vernehmlassungen bei den Betroffenen scheinen ein Fremdwort zu sein.

Warum die geltende Gemeindeordnung nicht mehr zeitgemäss sein soll, ist für den Redner nicht einzusehen. Man hat lange genug mit dieser gelebt. Weiter wünscht die CVP in den Kommentaren und Gesetzesbestimmungen klarere Angaben. Insbesondere fehlen ihres Erachtens ausführende Angaben zum übergeordneten Recht, sprich zur Verfassung und zum Gemeindegesetz des Kantons. Falls dieser Totalrevision zugestimmt wird, sieht es die Fraktion als angemessen an, dass das Geschäft entweder in eine Spezko oder in die GRPK zur Vorbereitung kommt, auch wenn dadurch die Inkraftsetzung auf die kommende Legislatur verpasst wird. Es ist nämlich so, dass der Gemeinderat schon im Frühling 2018 mit diesen Revisionsarbeiten auf Verwaltungsstufe hätte beginnen können. Die CVP glaubt auch nicht, dass die bestehende Gemeindeordnung bisher zu substantieller Kritik Anlass gegeben hat.

Der Votant möchte sich noch kurz zu einzelnen Punkten äussern. Er ist überzeugt, er könne die Punkte, die die GRPK anbelangen, beurteilen nachdem er inzwischen seit ca. 3 Jahren GRPK-Präsident ist. Die Verkleinerung und Aufsplittung der GRPK in zwei Kommissionen ist überhaupt nicht zielführend. Für den Rest verweist er auf das Votum von Rahel Bänziger. Bei der Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements verhält es sich analog. Diese ist im Umfang zwar erheblich geringer und der Revisionsbedarf ist reduziert. Weil das Reglement aber konkretisierenden und ausführenden Charakter der Gemeindeordnung hat, muss verwaltungsrechtlich zuerst die Gemeindeordnung in trockenen Tüchern sein bevor man eine Revision an die Hand nehmen kann. In umgekehrter Richtung vorzugehen – zuerst das Verwaltungs- und Organisationsreglement und dann die Gemeindeordnung –, würde heissen, dass sich der Einwohnerrat bei seinen Kompetenzen selbst die Hände bindet. Das will die CVP nicht.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP weist darauf hin, dass man sich in einer Eintretensdebatte befindet. Die Eintretensdebatte ist lediglich die Beratung, ob das Geschäft politisch zweckmässig ist und ob der Einwohnerrat die Vorlage grundsätzlich behandeln soll. Alle inhaltlichen Fragen gehören nachher eigentlich zur Beratung der Vorlage. Er bittet darum, die Ausführungen kurz zu halten.

Irene Karoussos, FDP erklärt, die FDP begrüsse grundsätzlich, dass mit dem Entwurf der totalrevidierten Gemeindeordnung ein deutlich schlankeres, übersichtlich gegliedertes und aktualisiertes Regelwerk geschaffen werden soll. Die Fraktion erachtet die Gemeindeordnung als ein wichtiges Regelwerk. Es wurde den Parteien aber etwas unerwartet vorgelegt. Es gibt Stimmen in der Fraktion, die meinten, es hätte im Vorfeld eine Vernehmlassung bei den Parteien stattfinden sollen. Es ist ein wichtiges Geschäft. Gewisse Punkte wurden schon erwähnt, einer ist § 2 lit. 2 betreffend den Primarschulrat. Hier ist es tatsächlich so und das wird auch bemängelt, dass leider nicht einmal in der Synopse auf die Reduzierung der Mitglieder des Primarschulrats hingewiesen wird. In der Rubrik «Bemerkungen» steht nichts. Sie wurde einfach leer gelassen. Die Zahl von 7 auf 5 kann man leicht übersehen. Natürlich bestimmt nicht der Schulrat, wie viele Mitglieder er haben möchte. Es wäre aber angebracht gewesen, wenn man im Vorfeld Rücksprache mit dem Primarschulrat genommen hätte, auch um solche – wie sie in der FDP genannt wurden – Bettelbriefe zu vermeiden, die der Primarschulrat ans Parlament verfassen musste. Die Fraktion kann sich die Tatsache, dass nicht Rücksprache genommen wurde allenfalls dadurch erklären, dass der Gemeinderat offenbar davon ausging, dass das Geschäft sowieso in eine Kommission überwiesen wird, in welcher diese Punkte besprochen werden.

Der Hauptpunkt, der bereits mehrmals erwähnt wurde, ist § 41 betreffend die Schuldenbremse. Eine Schuldenbremse muss ausdrücklich enthalten sein. Nun ist es so, dass es eine Spezialkommission Immobilien-Strategie gibt, die bereits existiert und sich mit dem Thema befasst. Deshalb ist die FDP der Meinung, dass dies zuerst dort behandelt werden soll. Die Fraktion schliesst sich dem Antrag an und plädiert ebenfalls für Nicht-Eintreten.

Philippe Spitz, SP teilt mit, die SP könne den Antrag auf Nicht-Eintreten, oder wenn ein Antrag auf Rückweisung gekommen wäre, kam aber nicht, unterstützen und zwar aus folgenden Gründen. Der Votant möchte vorausschicken, dass er die Redezeit ausschöpfen wird. Parlament kommt von «parlare». Das ist das eine. Das andere ist, dass Nicht-Eintreten eigentlich nicht heissen soll, man will gar nichts mehr mit dieser Sache zu tun haben. Ein gewisser Handlungsbedarf ist erkannt. Die Fraktion möchte dem Gemeinderat mitgeben, was und wieso Nicht-Eintreten beantragt wird und was die Hintergründe sind. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist zu konstatieren, dass eine Änderung der Gemeindeordnung, es ist sogar eine Totalrevision gefordert, nicht einfach irgendeine Reglementsanpassung ist. Es geht um die Verfassung der Gemeinde also um das höchste Gesetz. Die Anläufe beim Bund dauerten z.T. jahrzehntelang. Man konnte dann nur eine nachgeführte, aber immerhin eine schöne, nachgeführte Verfassung im Jahr 1999 bestens beim Stimmvolk vorbei bringen.

Hier versucht der Gemeinderat – der Redner hat ein gewisses Verständnis, aber nur ein gewisses – im Hauruckverfahren innerhalb von wenigen Wochen unter fadenscheiniger Begründung eine schnelle Totalrevision durchzudrücken. Wieso spricht er von fadenscheinig? Der Zeitdruck ist künstlich konstruiert. Wenn man das Gemeindegesetz nämlich genau liest, steht in § 45: «Änderungen der Gemeindeordnung, die die Behördenorganisation oder das Wahlverfahren betreffen, können nur auf eine neue Amtsperiode hin eingeführt werden.» Also kann man dies einfach weglassen. Es betrifft den Primarschulrat, bei welchem man eine Verkleinerung hinnehmen soll ohne jegliche Gründe! Abgesehen davon erscheint es überhaupt nicht sinnvoll, das Gremium zu verkleinern. Es wäre auch gegen kleinere Parteien, die dann nicht mehr vertreten wären. Das andere ist, dass eine Aufteilung der GRPK zumindest bestritten ist. Gute Gründe dafür konnte der Redner nicht lesen. Weshalb sollte man etwas verändern ohne wirklich dringende Gründe und dann einen Schnellschuss machen? Er kann seinem Vorredner Karl J. Heim hier folgen. Es ist letztlich eine Art politischer Ladenhüter. Man kann immer wieder damit kommen: Aufspalten oder belassen. Jeder hat eine andere Meinung. Zwingende Gründe die Kommission aufzuspalten gibt es aus Sicht der SP mehrheitlich nicht. Bei § 41 ist ein Handlungsbedarf erkannt. Das kann man machen, aber es muss auch breit diskutiert werden.

Die Lesbarkeit ist ein weiterer Punkt. Er versteht als Jurist die Intention, dass man alles Unnötige, das durch höherrangiges Recht vorgegeben ist, rausstreichen möchte. Nur ist die Lesbarkeit dann nicht mehr gegeben. Als Beispiel verweist er auf die Bestimmungen zum Referendum. Das betrifft die aktuellen Paragraphen 10 und 11. Dort hätte man eine verschlankte Gemeindeordnung mit nur noch wenigen Zeilen und der Bürger resp. die Bürgerin, die sich dafür interessiert, wann man ein Referendum machen kann, wird einfach alleine gelassen mit 3 Zeilen. Dabei sind es eigentlich 10 Zeilen. Es fehlt zumindest ein Hinweis darauf, dass im Gemeindegesetz in bestimmten Paragraphen weitere Gründe zum Referendum zu finden sind. Dies ist seiner Meinung nach nicht bürgerorientiert und kann eigentlich nur noch ein kantonaler Verfassungsjurist lesen. Eine Vernehmlassung erscheint auch der SP eine sinnvolle Sache, ev. könnte man eine Spezialkommission einberufen. Was die FDP vorgeschlagen hat, die Überweisung in eine bestehende Kommission, aber nur eine Tranche davon, scheint etwas weniger nachvollziehbar, muss aber ebenfalls diskutiert werden. Dies sind die Gründe, die die SP-Fraktion verleiten, dem gestellten Nicht-Eintretens-Antrag Folge zu leisten.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP gesteht, der Gemeinderat nehme die Voten mit Enttäuschung entgegen. Er findet es schade. Der Einwohnerrat lässt eine ganz grosse Chance aus, in dem er auf das Geschäft nicht eintritt. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass mit dem Geschäft eine hohe Brisanz verbunden ist. Er hat aber fälschlicherweise angenommen, dass das Parlament Freude hat, über so etwas

mit dem Gemeinderat zu diskutieren und vor allem an seiner eigenen Zukunft mitzugestalten. Wenn er die Voten Revue passieren lässt, findet er das Argument, einfach weil man seit 30 oder 40 Jahren so gelebt hat, die nächsten 20 Jahre auch so leben zu müssen, unglücklich. Man könnte die Gemeindeordnung noch viel dicker machen. Es gäbe viele Argumente, welche Links und Hinweise man noch einbauen könnte. Binningen rühmt sich immer eine moderne, eine Vorzeige-Gemeinde zu sein. Der Votant fordert die Ratsmitglieder auf nachzuschauen, wie andere Gemeinden in der gleichen Grössenordnung gesetzsmässig aufgestellt sind und deren Gemeindeordnungen anzuschauen.

Der Redner denkt, gerade wenn es um die eigenen Kommissionen und die eigene Arbeit geht, fällt es dem Parlament nicht einfach, Stellung zu beziehen. Auch hier findet er es schade, dass man dies einfach mit 2-3 Argumenten vom Tisch wischen möchte. Es ist ein Jahr her seit die GRPK den Gemeinderat beim Regierungsrat gemeldet hat, da sich der Gemeinderat angeblich nicht sauber verhalten hat. Die rechtliche Auseinandersetzung zu diesem Thema hat dem Gemeinderat aber auch vor Augen geführt, dass – ob der Rat nun die Gemeindeordnung auf diesem Weg anpacken will oder ob man es anders machen muss – hier Handlungsbedarf besteht. Der Gemeinderat hatte die Idee, dass es eine Chance resp. eine Möglichkeit ist, sich wieder vermehrt auf die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben einschliessen und auch verschiedene Punkte miteinander bereinigen zu können. Es wäre eine elegante Möglichkeit, dies über die Revision der Gemeindeordnung mitabzuwickeln. Es ist letztlich das Parlament, welches bestimmt was der Binninger Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

Der Zeitdruck wurde angesprochen. Auch darüber kann man diskutieren. Der Zeitdruck kommt daher, wenn man etwas in die Wege leiten würde, dass für die Bestellung gewisser Kommissionen relevant ist, dann ist dies massgebend ab dem Start einer Legislatur. Es ist in der Hand des Parlaments zu sagen: «Wir sehen das nicht dringend oder zwingend auf die nächste Legislatur.». Man kann es auch auf die übernächste starten. Wenn die Anwesenden der Meinung sind, dass dies etwas ist – wie es Philippe Spitz gesagt hat –, dass man in Bern jahrzehntelang studiert hat, dann können sie sich die Zeit nehmen. Aber nun einfach mit 2-3 Argumenten zu sagen, man möchte gar nicht darauf eintreten, findet der Gemeindepräsident schade. Verschiedene Punkte sind nicht Gegenstand einer Diskussion im ersten Schritt hier im Parlament. Das kennen die Einwohnerratsmitglieder von vielen anderen Geschäften. Der Gemeinderat ging davon aus, dass der Rat eine Kommission bestellt und dass man dies dort miteinander anschauen kann. Er muss sagen und das nimmt er auf seine Kappe: Der Gemeinderat hat es schlecht verkauft. Trotzdem ist es schade, wenn der Rat nicht darauf eintritt.

Christoph Maier, FDP möchte das Votum des Gemeindepräsidenten nicht einfach so im Raum stehen lassen. Nicht-Eintreten heisst, wenn er das richtig sieht, dass der Gemeinderat vielleicht nicht den richtigen Zeitpunkt gefunden hat, um mit dieser Vorlage zu kommen. Nicht-Eintreten heisst aber nicht, dass man sich nicht schon inhaltlich mit diesen Fragen, die tatsächlich anstehen, beschäftigt. Es wurde bereits erwähnt, dass sich der Einwohnerrat z.B. mit der Frage des § 41 bereits in der Spezialkommission beschäftigt. Insofern wird inhaltlich an diesen Sachen weitergearbeitet. Es ist nicht so, dass das Parlament einfach etwas zurückweist, um sich die Chance für jahrzehntelanges Debattieren zu erhalten.

Rahel Bänziger, Grüne kann das auch nicht einfach so stehen lassen. Man hat gehört, dass sich der Gemeinderat der hohen Brisanz bewusst gewesen ist. Trotzdem hat er keine Vernehmlassung gemacht und die brisanten Punkte nicht einmal im einleitenden Bericht erwähnt. Das deutet nicht darauf hin, dass der Gemeinderat über diese Punkte diskutieren wollte. Man hört nun vom Gemeindepräsidenten, er habe gedacht, man könne dies in einer Kommission bearbeiten. Wer den Zeitplan auf Seite 3 der Vorlage anschaut sieht, dass dies im vom Gemeinderat vorgeschlagenen Zeitplan unmöglich ist. Heute wäre die erste, am 20. Mai die zweite Lesung. Dazwischen sind Ostern und Pfingsten. Sie versteht nicht, wie hier eine Kommissionsberatung hätte stattfinden können. Das ist unmöglich. Die Votantin weiss nicht, wie Mike Keller darauf kommt, dass sich der Einwohnerrat darüber freuen würde. Es sind brisante Themen und es ist ganz klar, wenn man solch gravierende Themen ändert, wäre eine Vernehmlassung nötig gewesen. Dann hätte man sich die ganze Runde heute Abend sparen und schon im Vorfeld sagen kön-

nen, was den Parteien passt und was nicht. Aber einfach so die Hunde am Parlament vorbeischmuggeln zu wollen, in dem man es nicht erwähnt und z.T. nicht einmal in der Synopse die Gründe für eine Änderung aufführt, ist an Intransparenz und Nichternstnehmen eines Parlaments nicht zu übertreffen. Daher gibt es für sie nur eins und zwar gar nicht erst auf das Geschäft einzutreten.

Philippe Spitz, SP möchte dem Gemeinderat noch mit auf den Weg geben, was er aus den Voten lesen kann. Es ist kein knallhartes Nicht-Eintreten, sondern es heisst eigentlich: «Bringt es nochmals. Überlegt es euch aber gut und lasst v.a. die Änderungen in der Behördenorganisation von vornherein weg, jetzt wo ihr wisst, dass dies kritisiert wird.». Zudem wurde allgemein gewünscht, dass es besser lesbar ist.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP weiss, dass die Anwesenden das Thema hiermit abschliessen wollen. Ein Punkt ist aber allen klar: Es ist das Parlament, welches Ja oder Nein sagt. Aber wenn der Gemeinderat einen Antrag stellt und der Rat nun als Argument, weshalb er nicht darauf eintreten möchte, dem Gemeinderat auf den Weg gibt, dies nächstes Mal von vornherein wegzulassen, dann findet er, stimme etwas nicht. Es ist das gute Recht des Gemeinderats, Anträge zu stellen. Wenn das Parlament dies ablehnt, ist es sein Recht. Aber diese Möglichkeit muss der Gemeinderat behalten können.

ABSTIMMUNG

Nicht-Eintreten: 35 JA / 3 Enthaltungen (Abstimmung 02)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Traktandum 3

Nr. 133

Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird zurückgezogen.

Traktandum 4

Nr. 131

Schulraumplanung, Schüler- und Klassenprognose 2019

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Andrea Alt, CVP dankt der Verwaltung namens ihrer Fraktion für das Geschäft. Es wird sehr ausführlich und klar berichtet und aufgezeigt, wie es um den Schulraum in Binningen bestellt ist. Wie sich in den letzten Jahren gezeigt hat, sind die Schülerzahlen in Binningen immer wieder ein Thema. Nicht zuletzt stehen an drei der vier grossen Schulstandorte bauliche Veränderungen an, deren Rechtfertigung basiert auf den Schülerzahlen. Eine Hauruckübung mit Provisorien, die in letzter Minute bewilligt und be-

reit gestellt werden müssen, da der ordentliche Schulbetrieb ansonsten gefährdet wäre, soll so vermieden werden. Im laufenden und auch im letzten Schuljahr war dies zum Glück nicht mehr der Fall. Gerne wüsste die CVP, wie hoch der personelle und finanzielle Aufwand dafür ist und ob es gerechtfertigt ist, die Prognosen in Zukunft wieder einzufordern, wie es bereits vor zwei Jahren gemacht wurde. Die Fraktion nimmt von der Schulraumplanung und von den Schüler- und Klassenprognosen Kenntnis.

Barbara Fankhauser, SVP schliesst sich dem Dank für das vorliegende Dokument an. Die SVP nimmt die Schüler- und Klassenprognose 2019 zur Kenntnis. Aus welchem Grund auch immer wird im Bericht fast nicht auf das Szenario «tief» eingegangen. Das Szenario zeigt jedoch auf, auch wenn es etwas weniger wahrscheinlich ist als das Szenario «mittel», dass Binningen bei dieser Entwicklung über genügend Schulraum für die Anzahl Klassen verfügen würde. Aus diesem Grund besteht die SVP-Fraktion darauf, wie auch im Bericht angegeben, dass die Zahlen jährlich auf das Genaueste überprüft werden.

Karin Müller, SP teilt mit, die SP nehme Kenntnis von der Schüler- und Klassenprognose. Die Prognose bestätigt, dass der Bedarf an Schulraum gross ist und noch grösser wird. Die Schule Binningen bewegt sich am Limit. Ab nächstem Sommer (Schuljahr 2019/20) werden 12 der 51 Klassen in Provisorien unterrichtet. Das entspricht einem Viertel aller Klassen und wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern. Man muss damit rechnen, dass es weitere Provisorien braucht. Der Höchststand bei den Schülerzahlen ist noch lange nicht erreicht. Das sagt die Prognose. Mit dem schrittweisen Rückbau der Provisorien kann frühestens ab dem Jahr 2023/24 gerechnet werden. Man darf aber auch an der Zuverlässigkeit dieser Prognose Zweifel haben, denn sie rechnet nur mit der Anzahl Kinder gemäss Einwohnerkontrolle. Die Bautätigkeit und die damit verbundene allfällige Zuwanderung wurden nicht berücksichtigt. Die SP ist daher der Meinung, dass der Schulcampus Dorf ohne weitere Verspätung realisiert werden muss. Die Fraktion weist darauf hin, dass auch Provisorien Geld kosten. Sie belasten die laufende Rechnung mit 580 000 Franken pro Jahr. Hinzu kommt der Rückbau, der hier gar nicht eingerechnet ist. Last but not least möchte Binningen eine attraktive Wohngemeinde sein. Man muss sich daher fragen, was für ein Zeichen man als Gemeinde mit den Schulcontainern setzt, welchen Stellenwert die Schule, die Bildung und das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler in einer Gemeinde hat, die ihre Kinder über Jahre in Provisorien unterrichtet. Man darf sich auch fragen, wie das bei jungen Familien ankommt.

Marc Merian, FDP führt aus, die FDP sei froh, dass die Resultate der Prognose jetzt und nicht später mitgeteilt werden, da die Schüler- und Klassenprognosen die Grundlage bilden für die BPK für wichtige Weichenstellungen bei zukünftigen Bauprojekten wie das neue Schulprojekt Dorf und auch für die Immobilien-Strategie. Die neuen Zahlen zeigen, dass eine engmaschige Aktualisierung der Prognose Sinn macht. Der Gemeinderat plant sogar, die jetzige Prognose bereits mit neuen Zahlen vom Frühling zu prüfen. Die FDP begrüsst diese Vorsicht, da die provisorischen Räumlichkeiten mit Containern auch ihren Preis haben und niemand eine kurzfristige Notfallübung zum Schaffen von Schulraum in der Gemeinde wünscht.

Beatrice Büschlen, Grüne äussert, die Zahlen und die Übersicht der Klassenprognosen seien für die Grünen nicht wirklich erstaunlich. Die Resultate widerspiegeln den Verlauf, den man schon seit 2012 kennt. Die Prognosen bei Kanton und Bund sind ähnlich hoch. Erkennbar ist, dass man auch mit dem Szenario «mittel» am Limit läuft. Eine höhere Bautätigkeit, die mittelfristig im Gebiet Spiesshöfli stattfinden wird, und der vermehrte Bau von Mehrfamilienhäusern anstelle von Einfamilienhäusern auf den beiden Anhöhen bedeuten dann auch mehr Zuzüger und mit grosser Wahrscheinlichkeit mehr Geburten. Also ist bereits wieder Schulraum nötig. Sogar wenn die Provisorien ab 2023 wieder zurückgebaut werden könnten, kann es ab 2027 mit dem neugebauten Schulraum schon wieder knapp werden. Für die Grünen ist klar, dass man dringend neuen Schulraum braucht und dies noch über einen längeren Zeitraum. Die Fraktion nimmt die Prognose zur Kenntnis.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte einige Sachen richtigstellen. Die Datenbasis der Einwohnerkontrolle, welche die SP erwähnt hat, betrifft nur die Grafik auf der letzten Seite. Der ganze Rest basiert

auf den Angaben von planteamS, die breiter abgestützt sind und in welche auch die Bautätigkeit etc. einfließt. Die Prognose ist daher breit abgestützt und basiert nicht nur auf den Einwohnerzahlen. Zum Aufwand, der die Studie generiert: Es ist so, dass es sich um einen externen Auftrag handelt, der auf der Verwaltung einen kleinen Aufwand bezüglich der Zahlenerhebung generiert. Extern ist mit einer Grössenordnung von 5000 Franken zu rechnen. Der Einwohnerrat hat zum einen eine regelmässige Berichterstattung bestellt und zu anderen muss man mit den steigenden Schülerzahlen häufig darauf schauen, um frühzeitig reagieren zu können. Denn es geht relativ schnell bis die Kinder in der Schule sind. Daher wird der Gemeinderat weiterhin ein Auge darauf haben, dass er die Zahlen regelmässig erhebt.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erläutert, die Provisorien seien auf einem hohen Standard. Die Stadt Basel hat beim gleichen Fabrikanten von diesen Raumsystemen bestellt und bei ihnen ist es ein definitiver Bau. Sie haben es in der Elementbauweise aufeinander gestapelt und dann eine Fassade vorne dran gemacht. Die Räume haben ihr Konzept sicher nicht für die Ewigkeit. Das ist auch Gegenstand der definitiven Schulraumplanung. Aber v.a. wegen des Standortmarketings: Binningen hat verhältnismässig hochstehende Übergangslösungen gewählt. Er glaubt nicht, dass der Schulunterricht deswegen leiden muss. Der Gemeinderat ist mit Hochdruck daran, die ganzen Projekte weiterzutreiben. Der Votant ist aber überzeugt, man könne auch in dieser Übergangsphase ordentliche Räume zur Verfügung stellen. Er möchte die Anwesenden einladen, einmal einen Augenschein zu nehmen, wenn sie Gelegenheit haben, und sich selbst ein Bild dieser Räume zu machen.

Präsident Thomas Hafner, CVP kann dem Votum nur zustimmen. Es sind wirklich lukrative Provisorien.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt von der vorliegenden Schüler- und Klassenprognose 2019 Kenntnis.

Traktandum 5

Nr. 198/XI

Abrechnung Projektwettbewerb «Erweiterung Schulcampus Dorf»

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP teilt mit, die FDP nehme mit Freude zur Kenntnis, dass der Kredit unter dem beschlossenen Betrag abgerechnet werden kann. Die Fraktion ist aber etwas enttäuscht. Sie hat im Einwohnerratsbüro deponiert, dass sie gerne etwas mehr Transparenz zu den Abrechnungsdetails gehabt hätte und verlangte ein Tischpapier. Das wurde dem Einwohnerrat leider verwehrt. Es wäre interessant, die Überlegungen vom zuständigen Gemeinderat zu erfahren. Ganz konkret gibt es zwei Positionen, bei deren Wortklärung nicht ganz klar ist, um was es geht. Zum einen ist das «Vorbereitung und Begleitung (externe Leistungen)» mit einem stolzen Betrag von 170 000 Franken. Der Redner geht nicht davon aus, dass man einfach versuchte, alles, was normalerweise die Bauverwaltung leistet, über externe Büros einzukaufen. Das Zweite sind die Nebenkosten mit einem stolzen Betrag von 82 000 Franken. Auch hier wäre etwas mehr Transparenz wertvoll gewesen. Die FDP nimmt die Abrechnung zur Kenntnis und genehmigt sie auch.

Barbara Fankhauser, SVP dankt namens der SVP für die vorliegende Abrechnung. Die Fraktion nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass es gelungen ist, den Planungskredit einzuhalten und sogar minimal zu unterschreiten. Es ist ein Beispiel, dass mit sorgfältiger Abklärung und Planung im Vorfeld und während

der Projektphase die Einhaltung von finanziellen Vorgaben sehr wohl möglich ist. Aus diesem Grund kann und wird die SVP die Schlussabrechnung genehmigen.

Beatrice Büschlen, Grüne erklärt, die Grünen bedanken sich für die Abrechnung, die gute Durchführung des Wettbewerbs und gratulieren zur Punktlandung. Die Fraktion freut sich jetzt schon auf ein interessantes Schulhausprojekt, welches das Quartier bereichern wird, und bewilligt die Abrechnung.

Andrea Alt, CVP findet es erfreulich, dass der Kreditrahmen eingehalten werden konnte. Es entstanden tolle Projekte u.a. auch das Siegerprojekt, das durch seine Nachhaltigkeit überzeugt. Nun sind natürlich alle gespannt, wie es weiter gehen wird. Die CVP wird die Abrechnung genehmigen.

Brigitte Strondl, SP freut sich namens ihrer Fraktion ebenfalls, dass der Kredit nicht voll ausgeschöpft werden musste und um 1,1 % unterschritten wurde. Die SP genehmigt die Schlussabrechnung.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erwähnt zuhanden der FDP, dass der Kredit innerhalb des Rahmens abgeschlossen wurde. Er entschuldigt sich dafür, dass der Gemeinderat die geforderten Informationen nicht öffentlich auflegen möchte und kann. Dies hat Datenschutzgründe. Er nimmt aber gerne Stellung zu den beiden Fragen. Bezüglich Vorbereitung und Begleitung ist es so, dass das Know-how auf der Verwaltung nicht vorhanden ist, um einen solchen Wettbewerb durchzuführen. Es war ein sehr aufwändiger Wettbewerb aus städtebaulicher Sicht. Man musste sehr viel zusammentragen. Dies wurde extern begleitet von A bis Z und löste einen relativ grossen Aufwand aus. Es wird auch in Zukunft nicht intern abgewickelt sondern immer extern mit Personen, die solche Verfahren professionell durchführen können. Zum zweiten Punkt: Bei den Nebenkosten handelt es sich um die Modellbauarbeiten, die gemacht werden mussten. Es wurden immerhin 66 Projekte eingereicht, d.h. es mussten 66 Modelle gebaut werden. Der Jurybericht musste geschrieben, der Projektwettbewerb fotografiert und die Geodaten für den Modellbau erfasst werden. Man musste einen Raum für den Wettbewerb und die Ausstellung mieten, es gab eine Verpflegung während des Wettbewerbs und Stellwände mussten gemietet werden. Zudem gab es Notarkosten. So stellen sich die Nebenkosten zusammen. Er hofft, dies reiche vorerst. Der Rat hat jederzeit Einblick in die Schlussabrechnung und kann die Details gerne prüfen.

Christoph Maier, FDP möchte auf die Stellungnahme betreffend Transparenz der Kosten kurz eingehen. Er glaubt, wenn man die Positionen anschaut, wäre es für den Gemeinderat ein Einfaches gewesen, anstelle von Buchhaltungszeilen, die nun aufgeführt wurden wie z.B. Nebenkosten Dritte, einfach zu sagen um was es sich handelt. Selbstverständlich ist Transparenz vorhanden, wenn man einfach den Buchhaltungsauszug liefert. Aber für das Parlament ist der Informationsgehalt damit nicht gegeben. Der Votant regt an, bei solchen Abrechnungen nicht einfach einen Buchhaltungsauszug zu liefern, sondern tatsächlich zu sagen um was es geht. Offenbar ist es ja möglich, dies nachträglich zu liefern. Im Sinne der Transparenz wäre es aber besser, wenn man dies vorgängig machen könnte und z.B. sagen könnte, was die externen Leistungen sind, dass es sich dort um Modellbau handelt und nicht einfach irgendwelche Nebenkosten Dritte. Damit können die Einwohnerratsmitglieder nichts anfangen.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA (Abstimmung 03)

BESCHLUSS

://: Die Schlussabrechnung des Planungskredites für den Projektwettbewerb «Erweiterung Schulcampus Dorf» mit Gesamtkosten von CHF 494 640.54 (exkl. MwSt.) und Minderkosten von CHF 5 359.46 (-1.1%) gegenüber dem bewilligten Kredit wird genehmigt.

Schlussabrechnung Dorffest 2018

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Karin Glaser, Grüne signalisiert, die Grünen freue es ausserordentlich, dass vom Budget nicht so viel gebraucht wurde wie beantragt. Die Fraktion wollte eigentlich von Anfang an einen kleineren Betrag sprechen. So freut es sie riesig, dass nun fast 20 000 Franken in den Fonds zurückgezahlt werden können. Vielleicht kann man von diesen 20 000 Franken ja etwas abzweigen für den Einwohnerratsausflug. Dies ist aber nur eine Randbemerkung. Das Dorffest selbst fand die Votantin sehr toll und es war wahrscheinlich auch dank des schönen Wetters ein solcher Erfolg. Sie fand es eine gute Sache.

Patricia Bräutigam, CVP möchte namens der CVP betonen, dass es ein sehr tolles Dorffest war, das auf grossen Anklang bei der Bevölkerung und allen anderen Besuchern stiess. Die Fraktion dankt dem Organisationskomitee und speziell dem OK-Präsidenten Daniel Nyffenegger herzlich für die geleistete Arbeit und Organisation. Das Engagement ist nicht selbstverständlich. Die CVP würde sich sehr freuen, wenn ein solches Fest in näherer Zukunft erneut stattfinden würde. Die Schlussabrechnung nimmt die Fraktion erfreut zur Kenntnis. Es ist toll, dass der Kredit sogar unterschritten wurde.

Stephan Meyer, FDP dankt für die Schlussrechnung des Vereins Dorffest Binningen und den zugehörigen Bericht. An dieser Stelle geht der grosse Dank der FDP an das OK für die Organisation und Durchführung des tollen Fests, das allen in sehr guter Erinnerung geblieben ist. Vor allem die Tatsache, dass das Budget eingehalten werden konnte und es keinen Nachtragskredit brauchte, verdient Anerkennung. Die Fraktion nimmt sehr gerne Kenntnis vom Bericht.

Jürg Blaser, SVP teilt mit, auch die SVP habe von der positiven Schlussabrechnung «Dorffest Binningen 2018» Kenntnis genommen und bedanke sich bei allen Verantwortlichen für die ausgezeichnete Organisation und Durchführung des Anlasses.

Erik Schellenberg, SP erwähnt, auch die SP begrüsse es, dass das schöne Fest, das allen in bester Erinnerung ist – bei dem man natürlich auch etwas Glück mit dem Wetter und Glück mit der Organisation hatte – auch auf der finanziellen Seite einen guten Abschluss findet.

Der Präsident informiert, dass der zuständige Gemeinderat bei diesem Geschäft in Ausstand tritt. Daher gibt er das Wort gerne an Gemeinderat Christoph Anliker.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP äussert, der Gemeinderat bedanke sich unabhängig vom Ergebnis beim OK. Es war sehr mutig, was die Personen gemacht haben. Es ist nicht selbstverständlich, dass man sich zusammenfindet und ein solch grosses Fest organisiert. Es war sicher auch Wetterglück, aber das gehört dazu. Wenn man viel gearbeitet hat, muss man sich das Glück auch verdienen und das haben sie sich absolut verdient. Es war ein tolles Fest. Ein grosses Dankeschön vom Gemeinderat und auch an den Einwohnerrat für die Kenntnisnahme. Bezüglich des Einwohnerratsausflugs gibt der Redner zu bedenken, dass es sich hier leider um einen Fonds handelt. Das heisst man kann kein Geld abzweigen. Aber grundsätzlich hat der Einwohnerrat das Geld in den Händen. Er kann sich selbst immer einen Nachtragskredit stellen und dann kann man das ja vielleicht machen. Zum Schluss nochmal ein herzliches Dankeschön dem OK für die tolle Arbeit.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP schliesst sich dem Dank an den OK-Präsidenten Daniel Nyffenegger und das gesamte Organisationskomitee an. Es war wirklich ein ganz tolles Fest. *[Applaus]*

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP schätzt die Anerkennung und gibt sie sehr gerne weiter an das gesamte OK. Ein solches Fest, wie es hier organisiert wurde, ist nicht auf einer Kappe gewachsen. Er ist froh, heute Abend auch den Finanzchef Hans-Peter Hoffmann im Zuschauerraum begrüßen zu dürfen. Er leistete eine Riesenarbeit, damit die Finanzen immer greifbar waren und man schauen konnte, dass das Budget eingehalten wurde. Vielen Dank. *[Applaus]*

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Schlussabrechnung Dorffest Binningen 2018 zur Kenntnis.

Traktandum 7

Nr. 126

Teilrevision Parkraumreglement

EINTRETEN

Pascal Treuthardt, FDP erklärt, das neue Parkraumreglement sei gerade einmal einige dutzend Wochen resp. 1-2 Monate alt. Das alte Reglement wurde dafür über Bord geworfen und man hat sich entschlossen, zwei Jahre zu schauen wie das Ganze funktioniert inkl. dem Gebührenmonster von 48 Franken pro Jahr. Es steht etwas quer im Raum, dass dem Rat nun schon wieder eine Änderung vorgelegt wird, ohne dass das neue Reglement richtig anfangen zu laufen und man schauen konnte, ob es überhaupt besser ist als das alte. Die FDP empfiehlt dem Rat zum jetzigen Zeitpunkt nicht auf das Geschäft einzutreten. In zwei Jahren können bessere Schlüsse gezogen werden und man kann beurteilen, ob das aktuelle Reglement besser ist als das alte und dann eine Anpassung vornehmen. Die FDP bestreitet das Eintreten.

Beatrice Büschlen, Grüne macht klar, den Grünen gefalle der günstige Parkraum nicht unbedingt. Sie waren aus unterschiedlichen Gründen für höhere Parkgebühren, haben aber in den politischen Prozessen bei der Ausschaffung eines Kompromisses zugunsten der Binner Bevölkerung und des Gewerbes mitgearbeitet. Bei der Budgetberatung im letzten Dezember hat sich die Fraktion gegen eine Sparrunde der rechten Ratsfraktionen gewehrt und die unproduktiven Budgetanträge alle abgelehnt. Die Grünen sind daher nun nicht bereit, die Suppe auszulöffeln, die ihnen von der Mehrheit des Einwohnerrats und des Gemeinderats eingebrockt wurde. Für die Verlässlichkeit von Parlaments- und Gemeindeentscheiden und gegen willkürliche Änderungen und Anpassungen werden auch sie das Eintreten bestreiten.

Bettina Benthaus, SP erläutert, die SP habe die Vorlage bereits das letzte Mal geprüft und kam zu einem sehr differenzierten, uneinheitlichen Schluss. Die Fraktion ist geteilter Meinung. Sie fand es irritierend, dass ein Reglement, welches erst seit kurzem resp. damals noch gar nicht richtig in Kraft getreten ist, schon wieder geändert werden soll. Damit verärgert man die Binner Bevölkerung. Aus diesem Grund wäre die Fraktion dagegen. Dass aber gespart werden muss, hat man den bürgerlichen Sparmassnahmen zu verdanken. Jetzt müssen sie offensichtlich mitziehen, obwohl sie solche Sparmassnahmen nicht gut finden. Wenn man aber durch eine Gebührenerhöhung Sparmassnahmen verhindern kann, dann wäre man nun für eine Erhöhung. Grundsätzlich ist die SP als soziale Partei jedoch nicht für Gebühren, da sie die einkommensschwachen Personen resp. die Bewohnerinnen und Bewohner von Binningen nicht alle im gleichen Mass trifft. Wer sich aber in diesem speziellen Fall ein Auto leisten kann, kann sich auch eine Parkkarte für 120 Franken leisten. Das würde wieder dafür sprechen.

Die Rednerin vermutet, auch die seit neuestem offensichtlich grüne FDP sei mit dieser Erhöhung, wenn man so den Individualverkehr und die CO₂-ausstossenden Autofahrer eindämmen kann, sicher dafür. Andererseits haben die reichen Personen einen privaten Abstellplatz oder Garagenplatz und sind nicht

auf einen Parkplatz auf der Allmend angewiesen. Es trifft die einkommensschwachen Menschen also wieder mehr und das ist schlecht. Hinzu kommt, dass die Anzahl der Autoabstellplätze in den Vorgärten seit der Einführung der Parkgebühren grundsätzlich massiv zugenommen hat. Viele Besitzer von Einfamilienhäusern haben ihre Vorgärten umgestaltet, um dort Betonflächen zu errichten, damit sie ihr Auto nicht mehr auf die gebührenpflichtige Strasse stellen müssen. Dies hat die Fraktion bereits von Gärtnern gehört. Auch das ist nicht wunderschön. Die Votantin resümiert: Die SP ist hin und hergerissen. Der Entscheid ist schwierig, deshalb wird die Fraktion uneinheitlich abstimmen.

Roman Oberli, SVP führt aus, der Gemeinderat sei offensichtlich mit der Kürzung des Budgets 2019 nicht zufrieden. Er schiebt den schwarzen Peter dem Einwohnerrat zu, wobei die Budgetkürzungen mit Ausblick auf die finanzielle Zukunft der Gemeinde nötig und wichtig waren. Jetzt sollen also die Parkgebühren erhöht werden. Jene Parkgebühren, die gerade erst auf das laufende Jahr von für die Anwohner einmalig 40 Franken auf jährlich 48 Franken erhöht wurden. Die Gebühren sollen schon wieder angehoben werden und zwar heftig. Im Vergleich zum letzten Jahr soll der Preis verdreifacht werden. Zum Glück hat der Einwohnerrat die Gebühren im Reglement behalten und nicht wie von Gemeinderat gewünscht in dessen Verordnungskompetenz überlassen. Die zuständige Gemeinderätin Caroline Rietschi argumentierte damals wie folgt: «Persönlich sieht sie es auch als Vertrauensvotum gegenüber dem Gemeinderat, damit sorgfältig umzugehen. [...] Es ist auch klar, dass die Gebühren nicht innerhalb eines Jahres geändert werden bevor man nach 2 Jahren Bericht erstattet.» (Zitat aus dem Protokoll).

Der Votant hat bereits damals Bedenken geäußert, dass der Gemeinderat die Gebühren in der Verordnung erheben kann. Berechtigte Bedenken wie sich nun herausgestellt hat. Mit dieser Aktion hat der Gemeinderat bewiesen, dass er das Vertrauen zu Recht nicht erhalten hat. Eine Verdreifachung der Gebühren ist ein Schlag ins Gesicht der Autofahrer, die sowieso schon zu viele Abgaben bezahlen müssen. Um es zusammenzufassen: Die Fraktion wird keiner weiteren Erhöhung der Parkgebühren zustimmen. Im Gegenteil. Sollte eine weitere Erhöhung vom Einwohnerrat beschlossen werden, wird die SVP das Referendum ergreifen und vielleicht sollte das Stimmvolk bei dieser Gelegenheit darüber abstimmen, ob es überhaupt eine Parkraumbewirtschaftung möchte. Dazu konnte sich das Volk nämlich nicht äussern. In diesem Sinn bestreitet die Fraktion das Eintreten nicht. Sie findet, der Gemeinderat könne sich die Extrarunde sparen und das Geschäft kann direkt versenkt werden.

Patricia Bräutigam, CVP informiert, die CVP spreche sich einstimmig gegen die erneute Teilrevision aus. Einerseits weil der Einwohnerrat das Reglement erst vor einigen Monaten nach einer sehr langen Bearbeitungsphase verabschiedet hat und eine Erhöhung der Parkkarte auf 120 Franken bereits damals diskutiert und klar abgelehnt wurde. Andererseits weil die Erhöhung besonders die mittleren bis tiefen Einkommensschichten treffen würde, da diese oft keinen privaten Parkplatz oder Garagenplatz haben und somit auf die blaue Zone angewiesen sind. Das erachtet die CVP als ungerecht. Deswegen wird die Fraktion den Antrag ablehnen, ist aber nicht für Nicht-Eintreten.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP hat nicht erwartet, dass die Ratsmitglieder in Freudenstürme ausbrechen. Sie ist daher nicht überrascht über die Voten. Es ist in der Tat so, dass es etwas seltsam daher kommt. Aber im Rahmen der Budgetdebatte hat der Gemeinderat angekündigt, dass es nicht so einfach ist 5 Prozent einzusparen, wenn man gleichzeitig das Leistungsziel dort belässt wo es ist. Man könnte beim Strassenunterhalt sparen. Es kommt aber auch nicht gut an, wenn die Strassen kaputt gehen. Im Bereich Verkehr und Strassen ist man in Anführungszeichen – nicht dass man ihr dies irgendwann wieder um die Ohren haut – «in der glücklichen Lage», dass man etwas über die Einnahmen machen könnte. Das war etwas, dass der Einwohnerrat im Rahmen des Budgetbeschlusses ausdrücklich vorgesehen hat. Der Gemeinderat hat das gemacht, was er angekündigt hat. Er hat eine Vorlage zur Erhöhung der Parkraumgebühren vorgelegt. Dass die Votantin sagte, man solle dem Gemeinderat das Vertrauen schenken, dazu steht sie grundsätzlich auch heute noch. Sie wusste damals noch nicht, dass das Parlament relativ undifferenzierte Budgetkürzungen vornimmt. Es ist aber nun so, wie es ist. Ob die Anwesenden darauf eintreten und ablehnen oder ob sie nicht darauf eintreten, spielt keine wahnsinnig gros-

se Rolle. Die Rednerin steht dazu, dass innerhalb von zwei Jahren die Erfahrungen mit dem Reglement überprüft werden. Wenn die Gebührenerhöhung heute gutgeheissen wird, dann kann die Budgetkürzung im Rahmen der Produktgruppe Verkehr und Strassen eingehalten werden, wenn nicht wird es dort zwangsläufig zu einer Budgetüberschreitung kommen. Aber das ist in der Hand des Einwohnerrats.

Daniel Zimmermann, FDP möchte den SP-Mitgliedern, die noch unschlüssig sind, damit es vielleicht zu einem einstimmigen Resultat bei der Abstimmung kommt, einige Informationen geben. 2015 wurde das Reglement in der Bau- und Planungskommission das erste Mal diskutiert. Dort versuchte man über den Meccano des Strassenunterhalts eine Finanzierung zu schaffen, die die Kommission anschliessend nicht goutierte und das Reglement wurde zurückgewiesen. Im zweiten Anlauf 2018 wurde das Geschäft wieder in die BPK überwiesen und man hat letztlich zusammen mit dem Gemeinderat eine Gebühr von 48 Franken ermittelt, die kostendeckend ist mit einer Aussage, das könnte reichen und man möchte zuerst die zwei Jahre abwarten. Umso mehr erstaunt es jetzt, dass man nach so kurzer Zeit die Aussage von 48 Franken nicht mehr halten kann und zu einer massiven Erhöhung auf 120 Franken tendiert. Das ist sehr seltsam. Er möchte beliebt machen, dass der Rat das grundsätzlich nicht annimmt.

Marc Schinzel, FDP erstaunt es, und das ist auch die Begründung für das Nicht-Eintreten der FDP, dass man von Seiten der SP eine Erhöhung um 250 Prozent als Sparmassnahme deklariert. Er glaubt, dahinter stecke eine andere Vision, welche er kurz erläutern möchte:

*«D Gebühr stiiht ganz dezänt
um 2-5-0 Prozänt;
Das macht d Binniger froh
und d Gwärbler sowieso.*

*Die solle ihri Kische
doch lieber grad uusmischte;
Hööred uff z parkiere
tiend lieber meditiere;
Züügled mit em Bus
Das isch dr reinschti Gnuss!*

*S Parkfeld duesch denn nutze
um s Velo blitzblank z butze;
Im Summer kaasch dört grille
und uf em Badtuech chille;
Schtatt s Auto go ufftangge
duesch di Ranze plangge.»*

Diese Vision kann die FDP nicht unterstützen.

Philippe Spitz, SP findet, man könne einerseits schon, so quasi wie die alte Fasnacht, mit einem lustigen Spruch kommen. Er möchte aber darum bitten, die Kirche im Dorf zu lassen. Was man hier aus einer gewissen Distanz beobachtet, ist dass die eine Ratsseite dem bürgerlichen Gemeinderat ein Spardiktat aufgesetzt hat. Ein völlig undifferenziertes mit einer Prozentzahl. Dieser konnte in seiner Verzweiflung nichts anderes mehr machen oder sah nichts anderes mehr, als bei einer Parkraumgebührenfrage Einnahmen zu generieren. Das müssen sich all die Personen, die lustige Voten gehalten haben oder überzeugende oder weniger überzeugende einfach einmal auf der Zunge zergehen lassen. Darum geht es und nicht um vordergründige weitere Sachen.

Bettina Benthous, SP schliesst sich dem Votum von Philippe Spitz an. Nun hat die andere Ratsseite ihre Mehreinnahmen. Es ist die einzige Möglichkeit wie der Gemeinderat die Sparmassnahmen resp. die Budgeteinsparungen vornehmen kann und nun ist die rechte Ratsseite wieder nicht zufrieden. Schlussendlich schreibt sich die FDP mittlerweile auch grün auf die Fahne. Mit dieser Massnahme könnte man vielleicht einige CO₂-Ausstösserinnen und –Ausstösser etwas in Grenzen halten. Es ist eine Gelegenheit,

die bösen Umweltverschmutzer etwas einzudämmen. Aber wenn es um das eigene Auto geht, wird die Gelegenheit nicht ergriffen.

Der Präsident weist darauf hin, der Rat befinde sich immer noch in der Eintretensdebatte. Es sind noch zwei Redner auf der Rednerliste. Danach möchte er die Liste schliessen.

Christoph Maier, FDP ist der Meinung, es würde auch der anderen Ratsseite gut anstehen, sich wieder einmal mit den Regeln vertraut zu machen, die sich der Einwohnerrat in Bezug auf die Verabschiedung des Budgets gegeben hat. Das Parlament hat die Kompetenz zu einzelnen Produktgruppen, und nur zu diesen, etwas zu sagen. Der Rat sagt, wieviel Geld dort zur Verfügung steht und der Gemeinderat hat dann die Kompetenz, innerhalb der Produktgruppe das Geld so einzusetzen, wie er das möchte. Das ist die möglicherweise undifferenzierte Gemeindeordnung in Binningen. Der Einwohnerrat hat sich diese so gegeben. Bevor sich der Votant den Vorwurf der Undifferenziertheit nochmals anhören muss, möchte er einfach auf die Regeln in der Gemeinde hinweisen. Der Rat hat genau das gemacht, was in der Gemeindeordnung und im Finanzreglement vorgesehen ist. Genauso wurde gespart und ein Sparauftrag an den Gemeinderat übergeben. Der Gemeinderat hat die Sparübung umzusetzen. Das ist undifferenziert, aber genauso ist es vorgesehen. Wenn man daran etwas ändern möchte, dann muss man einen Vorschlag machen, wie diese Regeln zu ändern sind. Aber der Vorwurf, seine Fraktion sei an der Undifferenziertheit Schuld, kann er leider auch beim x-ten Mal Fake News nicht auf sich sitzen lassen.

Roman Oberli, SVP wundert es nicht, dass die rote Seite die Einhaltung des Budgets nur in Form von Gebührenerhöhungen sieht. Er weist darauf hin, dass das Budget entweder durch Erhöhungen oder, was seine Fraktion viel mehr empfiehlt, durch Einsparungen eingehalten werden kann.

ABSTIMMUNG

Nicht-Eintreten: 18 JA / 16 Nein / 3 Enthaltungen (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Pascal Treuthardt, FDP weist den Präsidenten darauf hin, dass das Schliessen der Rednerliste vom Einwohnerrat beschlossen werden muss. Der Präsident kann dies nicht selbst bestimmen.

Präsident Thomas Hafner, CVP erinnert daran, dass es sich um eine Eintretensdebatte handelte. Man hätte die Debatte viel kürzer halten müssen und erst im Eintreten die Thematik diskutieren sollen.

Traktandum 8

Nr. 127

Teilrevision Bestattungs- und Friedhofreglement

EINTRETEN

Marc Schinzel, FDP äussert, die FDP möchte auf das Geschäft nicht eintreten. Die Fraktion ist auch hier der Meinung, der Rat hat eigentlich einen Sparauftrag gegeben. Hier wird eine ganz klare, massive Gebührenerhöhung vorgeschlagen. Das ist nicht im Sinn der FDP. Sie hat beim Studium der Vorlage festgestellt, dass v.a. die vorgeschlagene Gebührenerhöhung für Ortsansässige massiv ist. Von bisherigen Gratlösungen wird auf eine sehr teure Lösung umgeschwenkt. Es wird vom Gemeinderat im Vergleich mit

anderen Gemeinden selbst gesagt. Das ist für die FDP ein No-Go. Sie kann nicht zustimmen und auch nicht darauf eintreten. In der Fraktion war sogar die Rede davon, dass man, wenn man diese Lösung akzeptieren würde, mit einer Art Friedhofstourismus rechnen müsste von Personen, die sich allenfalls noch bei anderen Gemeinden anmelden würden. Es ist eindeutig nicht in ihrem Sinn. Das ist nicht ausgegoren. Die FDP kann nicht zustimmen und beantragt Nicht-Eintreten.

Roman Oberli, SVP teilt mit, auch die SVP möchte nicht auf das Geschäft eintreten. Sein Vorredner hat bereits einiges gesagt. Auch seine Fraktion findet, dass der Gemeinderat v.a. durch Einsparungen das Budget einhalten sollte. Die SVP ist generell für tiefe Gebühren und Abgaben. Auch alleine deshalb ist es der Fraktion zuwider.

Manuel Eichenberger, Grüne schliesst sich an. Die Grünen sind ebenfalls für Nicht-Eintreten. Der Grund ist die für die Votantin absolut unbegründete, massivste Erhöhung der Kosten. Es geht ja nicht darum, dass der Bodenpreis höher geworden wäre oder sonst irgendetwas. Die Willkür der Erhöhung der Kosten macht es nicht glaubwürdig. Die Idee, wie man so etwas vorschlagen kann, ist für sie nicht nachvollziehbar. Zudem ist der schale Beigeschmack da: Mit dem Tod kann man noch viel machen. Wir müssen den Weg ja alle gehen und jeder möchte gerne ein Grab. Dies nun so massiv zu erhöhen hat für sie einen unguuten Beigeschmack. Aus diesem Grund ist die Fraktion ebenfalls für Nicht-Eintreten, obwohl sie die Lage des Gemeinderats sieht, um irgendwie Geld zu generieren. Aber nicht mit dieser Idee.

Karin Müller, SP erläutert, die SP sei ebenfalls für Nicht-Eintreten. Sie findet, es gehe nicht, dass es eigentlich ums Sparen geht und man zwar in der Gemeinderechnung spart, aber die Bevölkerung zur Kasse bittet, indem sie einfach von einem Tag auf den anderen unter Umständen 10 000 Franken für eine Bestattung hinblättern muss. Das ist für viele Leute viel Geld. Man macht hier noch im Tod eine Zweiklassengesellschaft, indem sich die, die das Geld haben, etwas Teures leisten können und die, die es nicht haben, gehen ins Gemeinschaftsgrab für 3200 Franken. Die Rednerin findet, so könne man nicht Sparen. Daher spricht sich auch ihre Fraktion für Nicht-Eintreten aus.

Andrea Alt, CVP führt aus, bis zum jetzigen Zeitpunkt sei das Eintreten für die CVP unbestritten gewesen. Man sah auch bereits beim Geschäft davor, dem Parkraumreglement, dass Diskussionsbedarf besteht. Die Fraktion ist nicht für die Gebührenerhöhung. Ganz im Gegenteil. Sie ist dagegen, kann sich nun aber einem Nicht-Eintreten anschliessen, da die Diskussion scheinbar gar nicht gewünscht ist.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP ist auch hier nicht überrascht, dass der Vorschlag nicht auf grosse Freude stösst. Gerade in dieser Produktgruppe ist es noch viel schwieriger, den pauschalen Sparauftrag einzuhalten. Es gibt nämlich vier Spezialfinanzierungen. Dort ist der Spielraum deutlich eingeschränkt, noch viel eingeschränkter als in den anderen Produktgruppen. Wie auch im vorherigen Geschäft war es eine Möglichkeit, den Sparauftrag über Mehreinnahmen zu generieren. Immerhin würde man ein Leistungsziel erreichen, nämlich den Kostendeckungsgrad pro Bestattung zu erhöhen. Das ist ein Leistungsziel, welches so im Budget steht. Sie hat aber Verständnis dafür, dass das nicht auf Freude stösst und nimmt zur Kenntnis, dass der Rat darauf nicht eintreten möchte.

ABSTIMMUNG

Nicht-Eintreten: 36 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst, auf das Geschäft nicht einzutreten.

Kommunale Finanzentwicklung (HÜP II): Umsetzung der vom Einwohnerrat beschlossenen Massnahmen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Karl J. Heim, CVP signalisiert, die CVP und damit natürlich auch die GRPK, die die Vorarbeiten geführt hat, freue sich über die recht speditive Anhandnahme der gewünschten Massnahmen, die der Einwohnerrat aus HÜP II generiert hat. Die Fraktion wünscht, dass der Gemeinderat auch in diesem Sinn und Geist weiterfährt. Gleichzeitig leuchtet natürlich ein, dass gewisse Massnahmen wegen der anstehenden Revision von Gemeindereglementen nicht oder noch nicht richtig greifen können. Die CVP hat einzig etwas Mühe mit gewissen Worthülsen, z.B. wenn im Zusammenhang mit den Friedhofanlagen gesagt wird: «Bis Einsparungen erkenntlich würden, dauere es noch eine Weile». Sie hätten gerne eine etwas konkretere Aussage.

Urs Brunner, SVP merkt an, seine Fraktion habe den Bericht zur Umsetzung der HÜP II-Massnahmen zur Kenntnis genommen. Im Bericht wird zweimal auf die Digitalisierung Bezug genommen. Der Kanton hat in einer Landratsvorlage die Digitalisierungsstrategie Baselland mit Umsetzungsprogramm vorgestellt. Die Gemeinden werden durch diese Umsetzung ebenfalls miteinbezogen. Stichwort: Digitaler Schalter. Die SVP ist gespannt, wie die Ausgestaltung und Umsetzung in der Gemeinde durchgeführt wird.

Susanne Tribolet, SP dankt dem Gemeinderat für den Bericht zum Stand der Umsetzung der Massnahmen, die der Einwohnerrat dem Gemeinderat letztes Jahr Ende Mai in Auftrag gegeben hat. Die SP nimmt den Bericht gerne zur Kenntnis. HÜP beschäftigt den Gemeinderat, den Einwohnerrat und die Verwaltung schon seit einigen Jahren, bereits seit Mitte der letzten Legislaturperiode. Zuerst hat man über HÜP I, die ungebundenen Ausgaben, befunden und es wurde ein ganzer Massnahmenkatalog beschlossen. Nicht nur der Einwohnerrat sondern auch der Gemeinderat hat in seinem Kompetenzbereich zahlreiche Kürzungen beschlossen. Die Massnahmen tragen bereits Früchte und haben jährliche Einsparungen von ca. 700 000 Franken zur Folge.

Beim heute Abend zur Kenntnisnahme vorgelegten Geschäft geht es um die gebundenen Ausgaben. Diese werden unter HÜP II abgehandelt. Die GRPK hat sich ziemlich intensiv damit beschäftigt. Vor 10 Monaten hörte man dazu Details. Das Sparpotenzial im Bereich der gebundenen Ausgaben ist aus Sicht der SP nicht gerade überwältigend. Der geleistete Aufwand – sei es durch die Verwaltung, den Gemeinderat oder den Einwohnerrat – ist eigentlich viel zu hoch im Vergleich zu den Einsparungen, die man hier ev. in Zukunft machen könnte. Zur Vorlage hat die Rednerin noch einige Detailfragen an den Gemeinderat. Beim Welcome Desk würde sie gerne wissen, wie der aktuelle Stand ist. Wurde das Konzept, von welchem die Rede ist, bereits erstellt? Oder wann erfährt der Rat die nächsten Schritte? Bei Punkt Nr. 43 wird die Straffung des Gemeindeteils im Binner Anzeiger thematisiert. Ist diese Prüfung schon erfolgt? Falls ja, mit welchem Ergebnis oder wann ist die Prüfung abgeschlossen?

Christoph Maier, FDP bedankt sich beim Einwohnerrat, dass er sich nochmals mit den Fragen beschäftigt hat. Es ist in der Tat so, dass von den 43 Massnahmen nur einige wenige übrig geblieben sind. Nach einer sehr arbeitsintensiven Prüfung der verschiedenen Massnahmen ist zum Schluss eigentlich wenig übrig geblieben. Das heisst nicht, dass der Prozess nicht notwendig ist und es heisst auch nicht, dass er nicht zu wiederholen ist. Es ist periodisch immer wieder notwendig zu überprüfen, ob die Sachen, die bisher in den gebundenen Ausgaben waren, noch zeitgerecht sind oder ob man nicht einen alten Zopf abschneiden könnte. In diesem Sinn begrüsst die FDP insbesondere, dass der Bericht dem Rat – er glaubt, es ist eines der ersten Male – tatsächlich innert Jahresfrist vorgelegt wurde und man sieht, was

der Stand der Umsetzung ist. Leider ist es bei anderen angeforderten Berichten nicht so. Dort wartet das Parlament weiterhin auf Vorlagen. Man möchte aber auch einmal etwas Positives sagen. Insofern möchte er dem Gemeinderat hier ein Kränzchen winden, dass er es dieses Mal geschafft hat.

Rahel Bänziger, Grüne hat schon bei der ersten Behandlung der HÜP-Vorlage im Rat gesagt: Der Berg hat eine Maus geboren. Wenn sie den Bericht des Gemeinderats nun liest, muss sie sagen: Ausser Spesen nichts gewesen. Der grösste Posten wäre die Abschaffung von WOV gewesen, bei der man wirklich hätte einsparen können. Dann hätte es keine Gebührenerhöhungen bei Sterben oder beim Parkieren gegeben, die hoffentlich nicht immer deckungsgleich sind. Die richtigen Posten hat man nicht angepackt. Die Rednerin findet es schade, dass man die grossen Würfe nicht gemacht hat, aber ihre Fraktion wird den Bericht zum Berg, der die Maus geboren hat, zur Kenntnis nehmen.

Gemeinderat Christoph Anliker, SVP erklärt, es handle sich gemäss Antrag um eine Kenntnisnahme. Es ist eine Kenntnisnahme von dem, was jeweils auch in der Rechnung steht. In der Rechnung wurde ausgewiesen, was bereits eingespart wurde. Zeitgleich ist es auch einfach der aktuelle Stand. Aufgrund diverser Einflüsse, die in der Vorlage erklärt sind, ist der Gemeinderat zum Teil noch an der Umsetzung. Gewisse Sachen wurden auch bereits abgeschlossen. Zur Frage der CVP bzgl. des Friedhofs verweist der Votant auf das Friedhofskonzept. Aufgrund des 25-Jahres-Zyklus, den man hat, können nicht von heute auf morgen alle im Konzept beschlossenen Massnahmen umgesetzt werden. Das Ganze braucht etwas Zeit. Es ist ja auch ein Garten und ein Garten braucht Zeit zum Wachsen. Das ist die Erklärung, weshalb man dort noch dran ist. Die Fragen zum Thema Welcome-Desk und Binniger Anzeiger wird der Gemeindepräsident beantworten.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP führt aus, der Welcome Desk sei ein Projekt, das dem Gemeinderat und der Verwaltung sehr am Herzen liege, da sie hier auch den Innovationsteil sehen und überzeugt sind, dass es viel bringt. Aber das Projekt liegt in einer kleinen Produktgruppe. Damit auch in dieser Produktgruppe dem Sparauftrag nachgelebt werden kann, ist man schlichtweg nicht in der Lage, das Projekt in diesem Jahr weiterzubearbeiten. Aus diesem Grund musste es der Gemeinderat auf Eis legen. Es wird wieder eingestellt für die Weiterbearbeitung im Jahr 2020. Der Prozess bzgl. des Binniger Anzeigers ist noch am Laufen. Der Votant kann dazu im Moment noch keine Details äussern.

Philippe Spitz, SP möchte seinem Erstaunen Ausdruck geben, dass notabene der Sprecher der FDP-Fraktion vorher gesagt hat und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Es sollen offenbar alte Zöpfe vom Gemeinderat ins Budget gepackt worden sein. Das ist seiner Meinung nach ein starker Vorwurf, der gegenüber dem bürgerlichen Gemeinderat erhoben wurde. Möglicherweise hat er das Votum nicht richtig verstanden. Er möchte es aber einfach betonen. Dass man dem quasi eigenen, bürgerlichen Gemeinderat vorwirft, alte Zöpfe im Budget zu verstecken, findet er noch stark.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht zur Umsetzung der Massnahmen aus der kommunalen Finanzentwicklung (HÜP II) zur Kenntnis.

Traktandum 10

Nr. 111

Postulat G. Löhr, SP: Brandruine an der Kernmattstrasse

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Gaida Löhr, SP freut es, dass der Gemeinderat die Überweisung des Postulats beantragt. Die SP möchte dies auch. Soweit der positive Teil. Es erstaunt sie allerdings, dass im Bericht für sie viel Widersprüchliches enthalten ist. Bereits in der ersten Zeile steht, der Vorstoss habe das Ziel, das Gebäude möglichst rasch wieder nutzbar zu erstellen. Wenn sie dann liest, was der Gemeinderat bisher gemacht hat, kann sie Christoph Maier dieses Mal nicht folgen mit der speditiven Arbeit des Gemeinderats. Sie ist der Ansicht, das Geschäft ruhe schon relativ lang. Es verwirrt sie, wenn eigentlich bis zum 1. Quartal 2018 eine Information hätte erfolgen sollen. Sie verlangte Anfang 2019 eine per Postulat und zwar auf die Frage: Was wurde geprüft? Die Antwort lautet, man habe nun eine Studie in Auftrag gegeben. Die Rednerin hat sich gefragt, wann diese in Auftrag gegeben wurde. Scheinbar liegt sie ja noch nicht vor, sonst wäre vielleicht etwas vorhanden, dass man nun plant. Eine Priorisierung kann entsprechend nicht erfolgen und das nach bald 3 Jahren. Das findet sie nicht wahnsinnig schnell. Damit gibt es eigentlich auch keinen Zeitplan. Alles was es derzeit gibt, sind relativ kostenintensive Gerüste, die dort stehen, und eine ausgesprochen erboste Nachbarschaft, die sich überlegt, ob sie rechtliche Schritte gegen die Gemeinde ergreifen soll. Ansonsten herrscht Ruhe. Das findet die Postulantin unbefriedigend. Sie ist aber dankbar, dass der Vorstoss überwiesen werden soll und hofft, es werde dann wirklich etwas unternommen.

Barbara Fankhauser, SVP signalisiert, die SVP werde dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat zu überweisen, zustimmen. Die Fraktion kann den Antworten an die Postulantin, dem Argumentarium und dem Vorgehen des Gemeinderats vollumfänglich folgen. Es ist der SVP ein Anliegen, dass die bestmögliche Lösung für den Standort Kernmattstrasse gefunden wird, auch ohne störende, neue Nebengeräusche aus der Presse wie es am Wochenende der Fall war.

Karl J. Heim, CVP teilt mit, um es vorweg zu nehmen, die CVP folge dem Antrag des Gemeinderats und werde das Postulat von Gaida Löhr überweisen. Die Fraktion ist sich mit zahlreichen Kreisen, auch aus Betroffenen aus der Bevölkerung, einig, dass viel zu lange gewartet wurde mit der konkreten Beseitigung dieser unbefriedigenden Situation. Insbesondere die nachbarrechtlichen Störungen sind erheblich und schlagen weitere Lecks ins Gedulds- und Toleranzreservoir von Anwohnern im betroffenen Quartier. Im Juli ist die Brandruine 3 Jahre alt. Es ist sehr belastend. Der Votant möchte einige Beispiele nennen: Bei Regen läuft das Dachwasser über das Notdach zur Nachbarsparzelle. Die Regentropfen verursachen einen ziemlichen Lärm. Zudem stinkt die nasse Brandruine, wenn es geregnet hat, wie wenn ein Hund eine Stunde lang durch den Regen gerannt wäre. Die CVP ist der Meinung, dass das Objekt aus der Immobilien-Strategie rausgenommen werden sollte und man unabhängig davon eine dringende, eigene Lösung finden sollte. Wichtig ist der Fraktion auch, dass den nachbarrechtlichen Vorschriften, die auch im OR stehen, nachhaltiger Beachtung geschenkt wird.

Anand Jagtap, Grüne hält fest, die Brandruine in der Kernmattstrasse sei wie man gehört habe wirklich ein Dorn im Auge. Deshalb ist es richtig und wichtig, die gestellten Fragen zu beantworten und dieser ganzen Sache nachzugehen. Daher sind auch die Grünen für Überweisen des Postulats.

Christoph Maier, FDP erläutert, die FDP habe sich das Postulat nochmals genau angeschaut und den Wortlaut geprüft. Es steht, der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Gebäude wieder nutzbar erstellt werden kann. Die Fraktion ist der Ansicht, dass es darum schon lange nicht mehr gehen kann und auch schon länger nicht mehr hätte gehen sollen. Eigentlich ist die Dringlichkeit von niemandem bestritten. Es sollte in einem viel grösseren Zusammenhang geprüft werden, was man mit dem Gebäude macht. Nicht nur prüfen, sondern man hätte eigentlich schon lange handeln sollen. In Bezug auf die nachbarrechtliche Situation kann man nicht mehr von Ruhe, wie sie Gaida Löhr wahrgenommen haben will, reden. Es ist ein schrecklicher Lärm bei jedem Niederschlag. Eine unzumutbare Situation. Der Gemeinderat sollte endlich den Mut haben etwas zu tun. In diesem Sinn möchte die FDP den Gemeinderat auffordern, das Heft wieder in die Hand zu nehmen und etwas zu machen. Allerdings kann sich die Fraktion dem Postulat resp. der Prüfung rein beschränkt darauf, das Gebäude wieder nutzbar zu erstellen.

len, nicht anschliessen. Da sie die Zielsetzung des Handelns im grösseren Zusammenhang an sich unterstützen kann, im konkreten die nutzbare Wiedererstellung jedoch nicht unterstützt, wird sich die FDP bei dieser Vorlage enthalten.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP ist sehr froh, dass der Einwohnerrat den Gemeinderat hier zum Handeln bringen möchte. Der Gemeinderat hat völliges Verständnis für die Anwohner und es ist auch ihm ein Anliegen, dass man hier vorwärts machen kann. Auch der Gemeinderat findet es nicht toll, dass so lange nichts gemacht werden konnte. Die Immobilien-Strategie stand noch im Raum. Sie ist daher froh, dass das Geschäft nun überwiesen wird, damit man vorwärts machen kann. Der Gemeinderat begrüsst die Voten und freut sich auf die Überweisung.

Gaida Löhr, SP möchte auf das Votum von Christoph Maier antworten. Sie hat nicht gesagt, im Quartier sei es ruhig geworden. Wenn sie von Ruhe geredet hat, dann meinte sie, im Gemeinderat herrsche eine gewisse Ruhe oder Untätigkeit. Sie möchte an dieser Stelle auch auf die Antwort der zuständigen Gemeinderätin reagieren. Die Immobilien-Strategie verbietet nicht, dass man etwas Verbranntes saniert, bei dem ein Versicherungsschaden vorliegt und das man eigentlich auch wieder herstellen kann. Es bedeutet auch nicht, dass man sämtliche Aktivitäten auf Eis legt, weil eine Immobilien-Strategie seit Jahren in Beratung ist – zuerst im Gemeinderat, dann im Einwohnerrat. Eigentlich sollte es verhindern, dass etwas verkauft wird, aber keinesfalls, dass man von Zeit zu Zeit etwas macht.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 28 JA / 9 Enthaltungen (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 11

Nr. 112

Postulat B. Strondl, SP: Mehr überdachte Veloabstellplätze

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP bemerkt, ihr Postulat habe als Hauptziel, die Hauptstrasse vom motorisierten Individualverkehr zu entlasten. Jede entsprechende Massnahme erscheint ihr dazu sinnvoll. Das E-Bike erfreut sich mittlerweile grosser Beliebtheit vor allem in einem hügeligen Ort wie Binningen. Ohne allzu grosse Anstrengungen können sich Pendlerinnen und Pendler mit dem E-Bike zu einer ÖV-Haltestelle bewegen, mit dem Tram oder Bus weiterfahren und umgekehrt. Überdachte Veloabstellplätze schützen die qualitativ aufgewerteten Velos, auch die ohne Akku, und sind daher bei allen Velofahrenden sehr willkommen. Die Postulantin freut sich, dass der Gemeinderat und die Verwaltung prüfen will, wo bestehende Veloabstellplätze überdacht werden können und wo es in der Gemeinde sinnvoll ist, neue überdachte Veloabstellplätze zu erstellen. Natürlich ist die Eingabe ins vierte Agglomerationsprogramm gut, um allfällige Bundesgelder zu erhalten, aber die Eingabefrist dauert bis 2021 und erst dann wird über die Vergabung von Bundesgeldern entschieden. Die Rednerin würde es sehr begrüssen, wenn ev. mit Hilfe des Pendlerfonds Basel-Stadt schon früher etwas unternommen werden könnte. Die SP stimmt der Überweisung des Postulats zu.

Beatrix Bürgin, SVP nimmt gleich vorweg, ihre Fraktion werde das Postulat nicht überweisen. Bevor man überhaupt Geld ausgibt für überdachte Veloabstellplätze, sollen die Velo- und Mofafahrer ihre Zweiräder an den für sie vorgesehenen Abstellplätzen parkieren. Vielmals werden die Velos wild parkiert. Wenn man durch Binningen geht, kleben an vielen Bäumen, Beleuchtungsstangen und Zäunen diese Fahrräder. Ein gutes Beispiel ist jetzt gerade vor dem Kronenmattsaal. Sie fordert die Anwesenden auf sich anzuschauen, wo die Velos überall parkiert sind. Die Votantin hat zudem beobachtet, wie ein Rollerfahrer sein Fahrzeug sehr egoistisch auf dem Trottoir parkiert hat, sodass ein Kinderwagen oder ein Rollstuhlfahrer niemals daneben durchgekommen wäre. Aus Sicht der SVP braucht es nicht vermehrte, überdachte Velo- oder Motoabstellplätze, da sie doch nicht genutzt werden. Das «Bike and Ride»-Projekt hat Prioritätsstufe mittel, ist also keine dringende Sache. Die SVP wird das Postulat nicht überweisen. Ihrer Meinung nach braucht es das nicht.

Karl J. Heim, CVP äussert, die CVP finde die Idee aus SP-Kreisen gar nicht schlecht. Der Veloverkehr in der Gemeinde Binningen soll gefördert werden und zwar auch durch solche Massnahmen. Die Überdachung ist nicht einfach nur «prüfungswert», wie der Gemeinderat meint, sondern es handelt sich nach Meinung des Votanten um eine Arbeit, die nicht übermässig zu tun gibt und auch im Unterhalt massvoll ist. Die Argumentation des Gemeinderats, für die Ausführung der Überdachung müsse man das vierte Agglomerationsprogramm abwarten, findet die CVP, wenn nicht sehr weit hergeholt doch etwas gesucht. Sie wünscht konkrete Zeitangaben darüber – vielleicht kann man das noch nachreichen oder heute Abend beantworten – bis wann eine solche Überdachung realisiert werden kann.

Peter Heiz, FDP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens seiner Fraktion für den Bericht. Der Fraktionspräsident der FDP hat das Geschäft mit Bedacht einem grossartigen Velofreund zur Bearbeitung zugewiesen. In der Fraktion waren die Meinungen nicht einheitlich. Es ist ja auch wirklich eine lebhaft und vielfältige Partei. Es gab Fraktionsmitglieder, die meinten, der Gemeinderat solle dies bedenken und schauen, wo, wann und zu welchen Kosten bestehende Veloabstellanlagen überdacht werden können. Es gab aber auch einzelne Stimmen, die zu bedenken gaben, dass es wieder viel Geld kosten würde, so etwas zu erstellen. Wenn jemand mit dem Fahrrad an einen Ort fährt, muss er es auch wieder so in Empfang nehmen, wie es halt dort steht. Im Übrigen traut er sich als profunder Kenner der Veloverhältnisse gar nicht zu sagen, dass es Hightech-Lösungen gibt zum Überdecken eines Sattels. Es gibt auch antistatische Auflade-Möglichkeiten, damit man, wenn das E-Bike nass ist, keinen Schlag bekommt. Er will damit nur sagen: Es ist weitgehend die Angelegenheit des Velofahrers und der Velofahrerin, wie er oder sie wieder zurück auf das Velo steigt. Der Redner bittet die Anwesenden sich vorzustellen – es kommt ihm fast vor wie das «Zündhölzli»-Lied von Mani Matter –, wenn man hier anfängt überdachte Veloabstellplätze zu bauen, dann beginnt es im Kronenmattgebiet und geht das ganze Dorf hinunter. Am Schluss hat man nur noch überdachte Veloabstellplätze und kein Trottoir mehr. Wo soll den dies hinführen?

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP findet, das Votum war in bester Juristen-Manier, den die sagen manchmal auch gerne: «Wo kämen wir da hin?» oder «Da könnte ja jeder kommen», wenn man die ganze Hauptstrasse hoch und runter überdachte Abstellplätze errichten würde. Es freut sie, dass man auch als Mediziner so gut mit juristischen Sprüchen umgehen kann. Zu den Anregungen: Wenn das Postulat überwiesen wird und man dies im Agglomerationsprogramm eingibt oder den Pendlerfonds um Gelder anfragt, heisst das nicht, dass man bis zu diesem Zeitpunkt dasitzt, die Hände in den Schoss und die Beine auf den Tisch legt und nichts tut. Der Gemeinderat wird selbstverständlich schauen, wo man solche überdachten Veloabstellplätze hinstellen könnte und wenn es Möglichkeiten gibt, die passen, werden die Kosten eruiert und der Rat wird gefragt, ob er Geld dafür ausgeben möchte. Wenn man das Projekt im Agglomerationsfonds und im Pendlerfonds eingibt und es bewilligt wird, kommt nachher einfach wieder etwas Geld in die Kasse rein. Es ist nicht so, dass man wartet bis das passiert ist. Möglichkeiten gibt es einige. Was es konkret kostet und wie viele man erstellt, kann das Parlament wieder entscheiden. In diesem Sinn würde es den Gemeinderat freuen, wenn der Rat das Postulat überweisen würde, damit diese Details geprüft werden können.

Gaida Löhr, SP möchte noch etwas zum Votum der SVP sagen, in welchem die vielen wildparkierten Velos beanstandet wurden. Diese gibt es. Es gibt auch falschparkierte Autos. Es kam noch niemand auf die Idee, alle Parkplätze aufzuheben, weil einige Autos falsch parkiert sind, sondern man nimmt im Gegenteil zur Kenntnis, dass es zu wenige hat. Es hat tatsächlich zu wenige Veloparkplätze. Wenn man vor der Gemeindeverwaltung schaut, dann ist der Veloabstellplatz immer voll und er ist nicht überdacht. Sie findet es ein wichtiges Anliegen. An Peter Heiz gerichtet äussert die Votantin, es gibt auch Autoparkplätze fast der ganzen Hauptstrasse entlang und das stört ja auch nicht. Sie denkt daher, es gäbe auch die Möglichkeit, die Velos an einem Ort abzustellen.

Philippe Spitz, SP möchte der geschätzten FDP zur Hilfe eilen. Er war etwas erstaunt, dass sie offenbar so geteilter Meinung ist, wie dies Peter Heiz nicht besser und detailreicher hätte schildern können. Wieso hat es sich die Fraktion nicht einfach gemacht? Der Redner hat wieder einmal den Wahlflyer der Partei aus dem Jahr 2016 hervorgeholt. Er ist mittlerweile drei Jahre alt, aber der Redner glaubt, er gelte immer noch. Dort steht folgende Zeile: «Binningen besitzt eine leistungsfähige und nutzerfreundliche Verkehrsinfrastruktur». Es wäre nun eine Gelegenheit, diesem Versprechen im Wahlflyer Folge zu leisten.

Peter Heiz, FDP erklärt, die FDP könne dem Begehren nach umweltfreundlichen Fortbewegungsmöglichkeiten zustimmen. Die Fraktion steht weiterhin dazu, aber es muss nicht in überdachter Version erfolgen. Der nasse Sattel ist immer noch das Problem des Velofahrers und nicht das Problem des Staats.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 23 JA / 12 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Einwohnerratspräsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, es sei kurz vor 22 Uhr. Es sind noch drei kleinere Traktanden übrig. Eigentlich wurde eine a.o. Einwohnerratssitzung beantragt. Er fragt den Rat, ob er die Geschäfte heute noch behandeln möchte, dann könnte die a.o. Sitzung wieder gestrichen werden.

Rahel Bänziger, Grüne möchte, da die letzte Sitzung bis 23.30 Uhr ging, beliebt machen, die Sitzung für heute zu schliessen. In ihren Augen rechtfertigen die drei persönlichen Vorstösse die Durchführung einer Zusatzsitzung nicht. Die können auch in einer nächsten Sitzung untergebracht werden. Wenn man dort viele Traktanden hätte, würde sie vorschlagen, bereits eine Halbestunde früher zu beginnen.

Christoph Maier, FDP ist der Meinung, der Einwohnerrat könne die Traktanden, die noch übrig sind, jetzt noch schnell behandeln. Er glaubt nicht, dass es zu diesen Geschäften besonders grosse Kontroversen geben wird. Dann ist das erledigt und man kann sich das nächste Mal auf wesentlichere Sachen konzentrieren. Er möchte in diesem Sinn beliebt machen, dass die hochheilige Grenze von 22 Uhr um eine Halbestunde aufgehoben wird.

Gaida Löhr, SP schliesst sich dem Votum von Rahel Bänziger an. Sie ist der Ansicht, dass die APH-Fragen nicht etwas sind, das man ganz schnell über die Bühne bringen wird. Es gibt zu diskutieren. Zudem fände sie es elegant, dies nicht nach 22 Uhr noch durchzuziehen, wenn die zuständige Gemeinderätin nicht anwesend ist. Es wäre aus ihrer Sicht ein Gewinn, wenn man es in ihrer Anwesenheit diskutieren könnte. Sie schliesst sich der Meinung an, dass die Geschäfte in der Mai-Sitzung behandelt werden können.

Roman Oberli, SVP kann sich seinen Vorrednerinnen nur anschliessen. Das letzte Mal wollte man es ebenfalls noch schnell durchbringen und dann ging es bis 23.30 Uhr. Er ist der Ansicht, daraus könne man seine Lehren ziehen und heute hier abbrechen.

Simone Abt, SP fände es keine gute Idee, wenn sich in Binningen der Stil etablieren würde, dass man egal wie lange über die reguläre Zeit hinaus tagt, damit die Traktandenliste abgearbeitet ist. Sonst beginnt die Diskussion und der Streit um die Traktandenliste, was darf drauf und was nicht. Das muss nicht sein. Man handhabte es immer so, dass Traktanden verschoben wurden. Heute wurden einige verschobene Traktanden abgearbeitet. Sie findet es keine so schlechte Art und Weise, dies so zu handhaben und möchte es eigentlich nicht ändern. Die Rednerin bittet darum, die Ressourcen des Rats zu schonen.

Der Präsident teilt mit, er werde keinen Antrag auf Weiterführung der Sitzung stellen. Dass Barbara Jost als zuständige Gemeinderätin für zwei Traktanden fehlt, scheint ihm einleuchtend. Zudem ist der Postulant Ralph Büchelin heute Abend nicht anwesend. Er möchte aber beliebt machen, dass die nächste Einwohnerratssitzung etwas früher gestartet wird.

Traktandum 12

Nr. 114

Interfraktionelle Motion: Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Binningen und der Stiftung Alters- und Pflegeheime Binningen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 13

Nr. 115

Interfraktionelles Postulat: Kein Verkauf von APH Immobilien

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 14

Nr. 118

Postulat R. Büchelin, SP: Kein Bahnanschluss an den EuroAirport

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP möchte eingangs grundsätzlich festhalten, dass der Gemeinderat die Berichterstattung in den Medien über die Thematik wie auch die Wortwahl einzelner Journalisten und die Formulierung von Schlagzeilen nicht qualifiziert. Die vorliegende Anfrage der SVP zeigt aber, dass die Medienberichterstattung zu Unsicherheiten geführt hat oder führen kann.

Ist das VIKZ nun ein Kulturzentrum oder eine Moschee, wie in der Basler Zeitung vom 2.4.2019 erwähnt?

Der VIKZ ist ein Verband. Der Verband möchte künftig das Industriegebäude an der Baslerstrasse 9 als Zentrum für islamische Kultur nutzen. Der Gemeinderat nimmt keine Stellung zum von der Basler Zeitung gewählten Begriff.

1. Was für Massnahmen wollte der Gemeinderat konkret ergreifen?

Dazu ist zu sagen, dass der Gemeinderat nicht Massnahmen ergreifen wollte, sondern er hat Massnahmen ergriffen. Der Gemeinderat hat, wie bereits früher kommuniziert, gegen das Baugesuch resp. gegen das Umnutzungsgesuch Einsprache erhoben. Zudem hat die Verwaltung die Liegenschaft an der Baslerstrasse 9 seit Dezember des letzten Jahres aufmerksam beobachtet. Die Beobachtungen wurden dem Bauinspektorat als Bewilligungsbehörde bereits mehrfach gemeldet. In welcher Form das Bauinspektorat Kontrollen vornimmt, ist nicht Sache des Gemeinderats.

2. Weshalb ist der Gemeinderat betreffend der Massnahmen zurückgerudert?

Der Gemeinderat hält nach wie vor an seinen Massnahmen fest. Die Frage ist für den Gemeinderat daher unverständlich und nicht nachvollziehbar.

3. Was für Auswirkungen hat der Verstoss gegen die Auflagen auf die laufenden Gesuche?

Der Entscheid, ob ein Verstoss im Rahmen des Baubewilligungsgesuchs vorliegt, erfolgt durch das Bauinspektorat des Kantons und nicht über einen einzelnen Journalisten. Die Definition von Auflagen wird die zuständige Gemeinderätin in der Beantwortung der Frage 4 erklären.

4. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass der VIKZ nicht weiter gegen Auflagen verstösst?

Dafür muss die Votantin etwas ausholen und eine Information zur verfahrenstechnischen Klärung geben. Auflagen gibt es erst mit einer allfälligen erteilten Bewilligung. Ohne Bewilligung kann es keine Auflagen geben. Der Gemeinderat ist für die zonenrechtliche Abklärung zuständig, welche bisher nicht getätigt werden konnte, weil die Unterlagen, die dazu benötigt werden, vom VIKZ noch nicht eingegangen sind. Solange diese nicht vorhanden sind, bleibt die Einsprache seitens der Gemeinde bestehen. Eine Beurteilung eines möglichen Verstosses im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens erfolgt somit durch das Bauinspektorat des Kantons.

Traktandum 15

Diversa

Präsident Thomas Hafner, CVP teilt mit, das Einwohnerratsbüro habe bereits eine ausserordentliche Einwohnerratssitzung beschlossen. Diese möchte er nun streichen, da der Rat heute sehr weit kam. Wegen lediglich drei Traktanden scheint ihm eine solche Sitzung nicht nötig. Die zusätzliche Sitzung vom 29. April findet somit nicht statt. Die nächste ordentliche Sitzung findet am Montag, 20. Mai 2019 statt.

Der Präsident schliesst die Sitzung um 22.15 Uhr.

ER-Sitzung vom 8. April 2019

			Traktandenliste	Gesch. Nr. 132	Gesch. Nr. 198/XI	Gesch. Nr. 126	Gesch. Nr. 127	Gesch. Nr. 111	Gesch. Nr. 112
* entschuldigt			01	02	03	04	05	06	07
Nr.	Name	Fraktion	Änderung Traktandenliste	Nicht-Eintreten	Genehmigung Schlussabrechnung Planungskredit	Nicht-Eintreten	Nicht-Eintreten	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat
1	Bänziger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschlen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Eichenberger	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Glaser	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Jagtap	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
7	Appenzeller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
8	Benthaus	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
9 *	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Löhr	SP	Ja	Ja	Ja	Not voted	Enthaltung	Ja	Ja
11	Macina	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
12	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted
14	Spitz	SP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
15	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Tribolet	SP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
17	Alt	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja
18	Bräutigam	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
19	Hafner	CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Heim	CVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted	Ja
21*	Götz	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
22	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Heiz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein
24	Inäbnit	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
25	Karoussos	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
26	Maier	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
27	Merian	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein
28	Meyer	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein
29	Sala	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
30	Schinz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung
31	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
32	Zimmermann	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung
33	Blaser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
34	Brunner	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
35	Bürgin	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
36	Fankhauser	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
37	Keller	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
38	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
39	Schlup	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
40	Weber	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
TOTAL									
Ja			38	35	38	18	36	28	23
Nein			0	0	0	16	0	0	12
Enthaltungen			0	3	0	3	2	9	2
			38	38	38	37	38	37	37